

Berliner Volks-Zeitung

Abrechnung: Die Preise, Berlin-Gesamt

Markenbrot	900
Markenbrot	1750
Milch 1 Liter	716
Zucker Pfund	69-750
Kartoffeln (frei Keller) Ztr. 7225	
Kohl (frei Keller) Ztr. 12725	
Strom: Licht und Kraft	1200
Gas ohne	700
Wasser ohne	400
24-Mark-Stück	85 000
Goldschuldschein	583 900
Schlüsselzahl für Bücher ..	2000

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend, Preise wenig verändert.	
Weiskohl 200-240 M., Wirsingkohl 200-250 M., Rotkohl 220-280 M., Grünkohl 550 bis 700 M., Rosenkohl 1250-1500 M., d. Pfl., Blumenkohl 800-2000 M., d. Kopf, Mohrrüben 100	
bis 120 M., Kohlrüben 120 bis 150 M., rote Rüben 90-110 M., Zwiebeln 90-90 M., Pferdefleisch 2400 M., o. Ka. 2900 bis 2900 M., Äpfel 300-600 M. das Pfund.	

Druck und Verlag: Rudolf Wasse, Berlin

Strassenbahn 250, Umetzlg. 350	Post. Ori. 20, Fern u. Ost. 40, Anst.
Hoeh. II. 200, III. 150, 200	180 Tachechsch. u. Ungarn 140
Stadtbahn	Il. 320, III. 140
Omnia Teil 250, ganze Str. 300	Brief Ori. 40, Fern u. Ost. 100
Droschke: Kr. x 3500, Pf. x 2000	Anst. 300, Tachsch. u. Ung. 240
Teleph. 22800, Gespr. 30, Aut. 60	Telegr. 80 d. W., Grundgeb. 160
	n. Ausland je nach Währung

Schnelldienst

In der Nähe von Doune haben die Franzosen bei der Beschießung eines Zuges einen Geisler lebensgefährlich verletzt.

Die alliierte Ingenieur-Kommission hat ihren Sitz endgültig von Essen nach Düsseldorf verlegt.

Schiffherin hat in England, Frankreich und Italien eine Note gerichtet, in der die Entzugsfrage erneut einen Meinungsaustrausch über die Remittenzfrage fordert.

In Rowno (Litauen) ist es zu antisemitischen Exzessen gekommen.

Monsignore Augio hat sich im Auftrage des Heiligen Stuhls nach Irland begeben, um an der Herstellung des Friedens mitzuwirken.

Der englische Kriegsminister Lord Derby wird im Laufe des Monats April eine Inspektionsreise nach Irland machen.

Die französische Jahresflotte 1923 wird voraussichtlich am 10. Mai unter die Fahnen gerufen werden.

Bei der gestrigen Abstimmung im Unterhaus erhielt die englische Regierung nur eine Mehrheit von 48 Stimmen.

Dollar: 20850

Das abgelehnte Sperrgesetz

Die geprellten Sparer und Mäkel

Am 9. März ist im Rechtsausschuss des Reichstages mit überwältigender Mehrheit ein von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten, gestellter Initiativantrag abgelehnt worden, wonach Hypotheken oder Grundschulden, die vor dem 1. Januar 1922 eingetragen worden sind, bis zum 1. Januar 1927 nur mit Zustimmung des Gläubigers zurückgekauft werden können, unter Einchluss auch der gefälligsten Hypotheken, solange nicht Vorkaufbewilligung erteilt ist. In weiten Kreisen des Mittelstandes, insbesondere der Kleinrentner, Beamten, Pensionäre, erwerbsfähiger Witwen und Mäkel, hatte dieser Antrag einen Hoffnungsstimmer geweckt, daß ihnen, die ihre Ersparnisse unter Verzicht auf Kurzarbeit und hohe Zinsen möglichst sicher angelegt hatten, insofern ein gewisser Ausgleich geschaffen würde, daß ihnen ihr hypothekarisch angelegtes Geld nicht in der inzwischen nahezu wertlos gewordenen Papiermark zurückgezahlt werden könnte. So groß ihre Hoffnung war, so bitter muß nun ihre Enttäuschung über die Ablehnung dieses Sperrgesetzes sein. Dabei steht man eigentlich vor einem Rätsel, wenn man bedenkt, daß dieser Antrag von einer Anzahl von Parteien eingebracht war, die die überwältigende Mehrheit im Reichstage darstellen und daß er trotzdem „mit überwältigender Mehrheit“ im Rechtsausschuss abgelehnt wurde. Es muß also eine große Anzahl der Antragsteller selbst ihren Standpunkt gewechselt und gegen den Antrag gestimmt haben. In der Tat ist dies der Fall gewesen.

Wie war dieser erstaunliche Umfall möglich? Der Reichsjustizminister hat, wie man hört, im Ausschuss eine sehr eindrucksvolle Rede dagegen gehalten. Er hat zwar den Grundgedanken des Antrags als sympathisch erklärt, dabei aber auf die Gefahr falscher Hoffnungen hingewiesen, die man mit diesem Sperrgesetz erwecke, wenn man nicht gleichzeitig entschlossen sei, nach Ablauf der Sperrfrist tatsächlich auch eine Goldvalorisierung der Hypotheken vorzunehmen. Diese Valorisierung aber erklärte er aus den verschiedensten sachlichen und technischen Gründen für undurchführbar. Als einen der Haupteinwände gegen die Valorisierung führte er den Umstand ins Feld, daß sofort auch die Staatsgläubiger und Obligationäre mit denselben Ansprüchen auf den Plan treten würden, sobald man den Hypothekengläubigern helfe. Für den Hypothekengläubiger und dessen Verzögerung stelle es aber keine Rechtfertigung dar, daß er durch ein dingeiliches Recht geschützt sei. Im Gegenteil sei der Hypothekengläubiger eigentlich infolgedessen besser daran, als die infolge der Geldentwertung eingetretene Wertminderung des Grundbesitzes eine erhöhte Sicherung des Hypothekenselbstes bedeute. Von diesen Einwänden ließ sich der Ausschuss leider überzeugen und bereitete seinem eigenen Antrage ein Begutachten erster Klasse. Man kann nicht eben behaupten, daß er sich damit ein besonders gutes Zeugnis ausgestellt habe; denn in der Begründung, die die Antragsteller ihrem Antrage mitgegeben hatten, waren, alle diese Gesichtspunkte, wenn auch nur flüchtig, angeführt worden. Man hat sie demnach vorher doch wohl gründlich geprüft und auf ihre Folgewirkungen untersucht gehabt. Wenn man sich trotzdem zur Einbringung des Antrages entschloß, so geht daraus hervor, daß man sich darüber klar war, daß man zwar bedauerlicherweise nicht allen Gläubigern Schutz bringen kann, die ihr Geld einst in Goldmark hingaben und es jetzt in Papiermark zurückbekommen, daß es aber doch besser sei, inwiefern einem Teil der Gläubiger Schutz zu bringen, als gar keinem.

So richtig auch die vom Reichsjustizminister ins Feld geführten Einwände sein mögen, so wenig stichhaltig dürften sie im praktischen Leben sein. Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß mit Ablauf des Sperrgesetzes nun die gesamte Hypothekengläubigerklasse in Massen die Goldvalorisierung gefordert hätte. Die Entwicklung wurde vielmehr höchstwahrscheinlich die gewesen, daß die Hypothekenselbstner, wie sie es auch ohne das Sperrgesetz bisher vielfach schon freiwillig tun,

Verstärkung der Ruhrbesatzung?

Erklärungen Maginots vor Pressevertretern — Er will 15 000 Mann Garnisonstruppen aus dem Innern schicken

Paris, 14. März. (Gca.) Kriegsminister Maginot teilte gestern bei einem Presseempfang mit, daß er beschloßen hat, das Besatzungsheer im Ruhrgebiet durch 15 000 Mann Garnisonstruppen des Jahrgangs 1921 aus dem Innern Frankreichs zu verstärken. Die Mehrzahl der betreffenden Mannschaftenbestände ist bereits unterwegs. Dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ Marcel Gutin, wurde versichert, daß die Besatzungszone nicht vergrößert werden sollte. Die Vertinag dem „Echo de Paris“ teilt, könne man zweifellos erwarten, daß auch die belgische Regierung zu einer Verstärkung ihrer Truppenbestände im Ruhrgebiet schreiten würde.

Paris, 13. März. (Gca.) Ein Leitartikel des „Journal des Debats“ wendet sich gegen die Möglichkeit einer Besetzung Frankfurts.

Das Blatt schreibt, daß die belgischen und französischen Minister in Brüssel ihre ganze Aufmerksamkeit bewahrt hätten, und daß man keine neuen militärischen Besetzungen darüber hinaus ins Auge fasse. Gewisse Persönlichkeiten, so schreibt das Blatt weiter, träumen schon davon, in Frankfurt einzurücken. Wozu könne das führen? Man müsse im Gegenteil vermeiden, bis in die großen Stadtzentren weiter vorzubringen. Je mehr man die Okkupation ausdehne, desto mehr schade man sich.

Wieder ein Redakteur verurteilt

Rain, 13. März. (M. I. B.) Der verantwortliche Redakteur des „Mainzer Anzeigers“ wurde vom französischen Militärpolizeigericht wegen einer Zeitungsnote, die als Beleidigung für die Besatzungsstruppen angesehen wurde, zu einem Monat Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gegen die Zauderpolitik Bonar Laws

Die gestrige Ruhrdebatte im Unterhaus — Der Antrag Simons auf Staatsfürzung — Nur 48 Stimmen Regierungsmehrheit

London, 14. März. (M. I. B.) Das Unterhaus beschäftigte sich gestern zum fünften Male in der bisherigen Sitzungsperiode mit der Ruhrbesetzung. Die Debatte fand statt aus Anlaß eines von Simons begründeten Antrages, in dem als Protest gegen die Zauderpolitik passiven Abwartens eine Herabsetzung der Ausgaben für das Ausland für den März gefordert wurde. Dieser Antrag wurde mit 249 gegen 201 Stimmen der Arbeiterpartei, der Liberalen und der Nationalen abgelehnt.

Im Laufe der Debatte erklärte Unterstaatssekretär Mac Keill, wenn die Regierung sich auch des furchtbaren Ernstes der Lage voll bewußt sei und anerkenne, daß die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade noch zugenommen hätten, so sei sie doch ebenso ängstlich wie bisher darauf bedacht, die Grundgedanken mit Frankreich, wenn möglich, aufrechtzuerhalten, und sie wünsche einen endgültigen Durchbruch, wenn irgend möglich, zu vermeiden. Die Regierung sei jetzt noch in derselben Lage wie zu der Zeit, als Bonar Law seine letzte Erklärung abgegeben habe.

mit Verträgen die Sperrfrist dazu benutzt hätten, die Hypotheken mit einer um das Vielfache höheren Summe zu tilgen. Gerade die Befürchtung, daß nach Ablauf der Sperrfrist die Goldvalorisierung kommen könne, hätte ihnen dies ja in ihrem eigenen Interesse nahegelegt. Sie hätten dabei unter allen Umständen noch ein gutes Geschäft gemacht, und es wäre beiden Seiten geholfen gewesen. So er ist niemandem gelungen, als eben den Hypothekenselbstner, die heute schmelzend das ihnen einst in Goldmark hingebene Geld in Papiermark zurückzahlen, während die Grundstücke, deren Eigentümern oder Vorbesitzern der Kredit gewährt wurde, um das Mehrhundertfache gestiegen sind. Der wucherischen Ausbeutung, die auf diesem Gebiete gang und gäbe ist, ist also leider nicht der höchst notwendige Riegel vorgeschoben worden. Es wird Aufgabe der Hypothekengläubiger sein, von dem schlecht beratenen Ausschuss an den besser zu beratenden zu appellieren und die antragstellenden Parteien darauf aufmerksam zu machen, daß die Annahme eines solchen Antrages ein Akt der Mittelstandsfreundlichkeit wäre, auf die ja doch alle Parteien so großes Gewicht legen.

Die Thüringer Polizei greift durch

Galle, 14. März. Die Polizei in Weida i. Th. verhaftete den Postsekretär Gahn, den Führer der Ortsgruppe Weida der Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Bei zahlreichen anderen Personen in Weida wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Staatsanwaltschaft wird gegen eine Reihe von Personen wegen Intrigen gegen die Verfassung des Strafverfahrens eröffnen.

Eine Kundgebung nordischer Universitäten. Bei den deutschen Universitäten und Hochschulen ist folgende Kundgebung eingegangen, die die Unterchriften von 117 Professoren der Universität und der Technischen Hochschule in Helsingfors sowie der schwedischen Akademie und der finnischen Universität in Abo trägt: Die Kundgebung erinnert an die hervorragenden Leistungen der deutschen Wissenschaft und verurteilt die französischen Gewalttaten im Ruhrrevier.

Neue Orientkonferenz in Paris?

Die gemeinsame Haltung der Alliierten

London, 14. März. (G. E.) Sobald ein Einverständnis zwischen den drei alliierten Mächten über die Stellungnahme zu den endgültigen Friedensbedingungen für die Türkei erzielt sein wird, werden die alliierten Sachverständigen aufgefodert werden, sich nach Konstantinopel zu begeben. Dem Vertreter der Regierung von Anzora wurden die Beschlüsse Frankreichs, Englands und Italiens bekanntgegeben. Nach der hier verbreiteten Ansicht würde die nächste Friedenskonferenz in Paris unter dem Vorsitz Poincarés abgehalten werden.

Paris, 14. März. (G. E.) Die französische Regierung entfaltete heute die beiden Delegierten auf der Lausanne Konferenz, Bompart und den Admiral Lecaze, nach London, um mit der englischen Regierung wegen einer gemeinsamen Haltung in den Orientfriedensfragen zu beraten.

Die blutige Insel

London, 14. März. (G. E.) Sieben neue Hinrichtungen wurden in Irland vollzogen. In allen sieben Fällen erfolgten die Hinrichtungen, weil die Betroffenen im Besitz von Waffen befunden waren. Seit drei Monaten fanden insgesamt 63 Hinrichtungen statt. In der Grafschaft Kerry tötete eine Mine, die von Rebellen gelegt worden war, fünf Offiziere, fünf Soldaten und fünf Gefangene.

Antisemitische Krawalle in Rowno

Rowno, 14. März. (Teleph.) Im Anschluß an die Abstimmung im litauischen Sejm, laut der die Wahl eines jüdischen Deputierten in das Sekretariat abgelehnt wurde, zog eine Menge aus dem Sejmgebäude in die besonders von Juden bewohnten Straßen und schlug in den jüdischen Geschäften die Scheiben ein. Der jüdischen Bevölkerung bedrohten sich große Panik. Bald waren in der ganzen Stadt die jüdischen Geschäfte geschlossen. Die Polizei